



Kanton
Obwalden

Kantonsrat

FDP
Die Liberalen
Obwalden

Art des Vorstosses:

☐

Motion

☒

Postulat

Titel:

Eigentümer-, Rechts- und Organisationsstruktur der Obwaldner Kantonalbank (OKB)

Auftrag:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die künftige Eigentümer-, Rechts- und Organisationsstruktur der Obwaldner Kantonalbank (OKB) zu prüfen und dem Kantonsrat dazu entsprechenden Bericht mit möglichen Massnahmenfelder zu erstatten.

Der Bericht soll insbesondere:

1. die finanziellen, wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Vor- und Nachteile verschiedener Modelle darlegen (bsp. teilweise oder vollständige Öffnung Eigentümerschaft),
2. verschiedene Modelle und Varianten prüfen (z.B. Minderheitsbeteiligung, Börsengang, strategische Partnerschaft, Überführung in eine AG nach Aktienrecht),
3. die Auswirkungen auf die Staatsgarantie analysieren und damit klären, welche Mehrkosten auf die OKB zukommen würden, sofern eine Drittpartei (Versicherung, Rückversicherung) eine vergleichbare Leistung (Garantie) zur Verfügung stellt,
4. klären, wie der Kanton Obwalden den Ernstfall einer Staatsgarantie (Immobilienkrise, grosse Kreditausfälle, Misswirtschaft, Naturereignisse, Marktrisiken, weiteres) finanziell bewerkstelligen würde und welche Schäden und Haftungen er bis zu welcher Höhe tatsächlich übernehmen könnte,
5. die kurz-, mittel- und langfristigen möglichen Auswirkungen auf den Kantonshaushalt aufzeigen,
6. einen Vergleich mit anderen Kantonen – insbesondere mit der Glarner Kantonalbank, Luzerner Kantonalbank, Nidwaldner Kantonalbank, Urner Kantonalbank – vornehmen, unter anderem in den Bereichen Personal vs. Bilanzsumme, Filialen mit Schalter (Bargeld) vs. Bilanzsumme oder Einwohnerzahl, Filialen ohne Schalter (Bargeld) vs. Bilanzsumme oder Einwohnerzahl,
7. die Auswirkungen auf KMU-Finanzierung, Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze sowie den Wirtschaftsstandort Obwalden beurteilen,
8. die Einschätzung der Geschäftsleitung sowie des Bankrats der Obwaldner Kantonalbank ausdrücklich einbeziehen und transparent darlegen,
9. die Thematik im Sinne einer offenen, sachlichen und ergebnisoffenen Diskussion aufbereiten, sodass dem Kantonsrat eine fundierte Entscheidungsgrundlage vorliegt.

Begründung:

Die Obwaldner Kantonalbank ist eine solide, regional stark verankerte Bank. Sie erfüllt sowohl eine wichtige volkswirtschaftliche als auch gesellschaftliche Funktion, stärkt den Wirtschaftsstandort Obwalden sowie das Vereins-/Gesellschaftsleben im Kanton und trägt mit Dividendenerträgen zum Kantonsbudget bei. Gleichzeitig trägt der Kanton als Alleineigentümer – insbesondere im Zusammenhang mit der Staatsgarantie – erhebliche unternehmerische Risiken.

Die Rahmenbedingungen im Banken- und Finanzsektor haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Digitalisierung, zunehmende Regulierung, steigende Anforderungen an Eigenmittel und Risikomanagement sowie die fortschreitende Konsolidierung im Bankensektor stellen auch kleinere Regionalbanken vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig stellt sich grundsätzlich die Frage, welche Aufgaben der Staat beziehungsweise ein Kanton dauerhaft als Eigentümer eines privatwirtschaftlich tätigen Unternehmens wahrnehmen soll.

Eine zukünftige Struktur und/oder Anpassung der Eigentümerstrategie könnte:

- einmalige Einnahmen zur Stärkung der kantonalen Finanzlage generieren,
- die Risikoposition des Kantons reduzieren,
- die unternehmerische Flexibilität der Bank erhöhen,
- neue strategische Perspektiven und Partnerschaften eröffnen.

Demgegenüber stehen mögliche Nachteile wie der Verlust direkter Einflussmöglichkeiten, veränderte Ausschüttungsperspektiven, Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten sowie politische und gesellschaftliche Akzeptanzfragen.

Die Diskussion über Eigentümerstrategie, Staatsgarantie oder generell über die Struktur von Kantonalbanken wurde in der Schweiz bereits mehrfach geführt:

- Im Kanton St. Gallen wurde 2007 im Kantonsrat eine weitergehende Privatisierung der St. Galler Kantonalbank sowie die Aufhebung der Staatsgarantie thematisiert.
- Im Kanton Luzern wurden 2013 Vorstösse zur Rolle des Kantons als Mehrheitsaktionär der Luzerner Kantonalbank behandelt.
- Im Kanton Bern wurde 2016 im Grossen Rat der Verkauf des Kantonsanteils an der Berner Kantonalbank diskutiert.
- Im Kanton Basel-Landschaft wurde 2019 eine vertiefte Überprüfung der Eigentümerstrategie der Basellandschaftliche Kantonalbank eingeleitet; der entsprechende Regierungsratsbericht erschien 2021.

Zudem zeigt das Beispiel der Glarner Kantonalbank, die seit 2001 teilprivatisiert und börsenkotiert ist, dass ein Modell mit kantonalen Mehrheitsbeteiligung und gleichzeitiger Kapitalmarktöffnung möglich ist. Dieses Modell verbindet staatliche Verankerung mit marktwirtschaftlichen Elementen.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass es sich um eine finanz- und ordnungspolitische Grundsatfrage handelt, die auch in Obwalden sachlich geprüft werden soll.

Ziel dieses Postulats ist keine Vorfestlegung, sondern eine transparente, faktenbasierte und strategische Auslegeordnung. Vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung gilt es alle Optionen grundlegend und sorgfältig zu analysieren sowie dem Kantonsrat eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu unterbreiten. Die Analyse soll ergebnisoffen erfolgen. Auch ist ausdrücklich festzuhalten, dass dies kein Misstrauensvotum gegenüber der heutigen Obwaldner Kantonalbank ist, deren Führung oder Mitarbeiter. Es geht im Grundsatz darum, alle Optionen unter Einbezug aller Involvierten aufzuzeigen und zu prüfen.

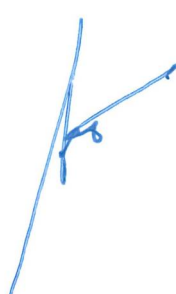
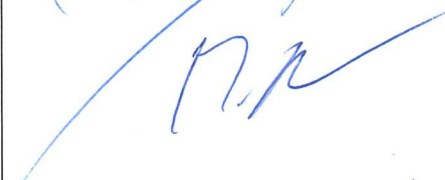
Datum: 17. September 2026

Urheber/-in:

Martin Mahler, Kantonsrat



Mitunterzeichnende:

  P. Mummeler
Thomas Tschel
R. Sorge   
M. Schacht
   
  
S.   
 